

Haushaltsrede 31.01.2019 der CDU Fraktion Schwetzingen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen
Sehr geehrte Damen und Herren

Ich möchte meine Haushaltsrede heute unter dem Motto der Nachhaltigkeit betrachten.

Der Begriff der Nachhaltigkeit wird in der Wissenschaft und Politik in vielen verschiedenen Bedeutungen verwendet. Ursprünglich wurde das Konzept des "nachhaltigen Wirtschaftens" in der Forstwirtschaft entwickelt. Dort geht es um das Ziel, durch eine ausgewogene Abstimmung zwischen Entnahme und Aufforstung einen Forstbestand zu erhalten und zu pflegen und die Grundlage für einen dauerhaften und gleichmäßigen Ertrag zu sichern. In der Diskussion um erschöpfbare und regenerierbare Ressourcen wird eine "nachhaltige Entwicklung" gefordert. Ihr Ziel ist die langfristige Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Der Grundsatz der Nachhaltigkeit ist auch im Grundgesetz verankert.

Der Artikel 20a GG besagt: "Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung."

Im Brundtland-Bericht, den die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen im Jahre 1987 veröffentlicht hat, wurde der Begriff der Nachhaltigkeit endgültig eingeführt.

Die Kernaussage lautet:

Nachhaltigkeit ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der Gegenwart entspricht, ohne die Fähigkeit zukünftiger Generationen, ihre eigenen Bedürfnisse zu erfüllen, zu beeinträchtigen.

Er fordert eine „Begrenzung der gegenwärtigen Bedürfnisbefriedigung, wenn zu befürchten ist, dass dadurch, Lasten auf künftige Generationen abgewälzt werden.“

Kurz gesagt: Im Zweifel zugunsten der Zukunft.

Im Wesentlichen haben wir die Verpflichtung ganzheitlich zu denken und zu wirtschaften, um eine Basis zu schaffen, auf der auch nachfolgende Generationen aufbauen können.

Die „enkelgerechte Finanzpolitik“ impliziert somit den Grundsatz der Nachhaltigkeit.

Im Mittelpunkt steht das Verständnis von Haushaltsdisziplin und notwendiger Haushaltskonsolidierung.

Unsere primäre Haushaltsverpflichtung ist die Konsolidierung, die Wahrung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben, und neuerdings in der Doppik, zwischen Erträgen und Einzahlungen, und Aufwendungen und Auszahlungen.

Ein ausgeglichener Haushalt bedeutet: Kein Leben auf Kosten zukünftiger Generationen.

An dieser Stelle möchte ich Wolfgang Schäuble zitieren, der gesagt hat:

Eine leistungsfähige Wirtschaft erfordert eine nachhaltige Finanzpolitik. Das ist mit keiner einmaligen Aktion zu erreichen, das muss auf Dauer ausgerichtet sein. Und deshalb sind gesunde Haushalte nicht die Idee sturer Finanzminister, sondern die Voraussetzung für Wohlstand und soziale Sicherheit.

Gerade jetzt mit der Einführung des Neuen kommunalen Haushaltsrechts kommt eine enorme Mehrbelastung auf unseren Haushalt zu. Wir müssen nun künftig neben den Aufwendungen, zusätzlich die Abschreibungen mit den zur Verfügung stehenden Erträgen erwirtschaften. Unsere Abschreibungen liegen aktuell bei rund 5,0 Mio. Euro. Sie stellen den Wertverlust unserer Vermögensgegenstände dar und werden als Aufwendungen im Haushalt verbucht.

Dies stellt eine Herausforderung für die kommunale Haushaltspolitik dar, der wir mit Zurückhaltung und Weitsichtigkeit bei der Aufstellung unserer Haushalte entgegentreten müssen.

Als CDU Fraktion halten wir eine nachhaltige kommunale Finanzpolitik gerade jetzt für wichtig und unumgänglich. Wir können uns glücklich schätzen derzeit eine stabile Wirtschaftslage zu verzeichnen, in der wir im letzten Jahr von hohen Mehreinnahmen bei den Steuern und den allgemeinen Zuweisungen profitieren konnten.

Ewig wird das so nicht weiter gehen.

Umso wichtiger ist es, dass unser Kämmereiamt eine nachhaltige Zielausrichtung in unserer Stadt verfolgt. Wir sind froh, dass im Zuge einer

restriktiven Haushaltspolitik, Haushaltsüberschüsse zum Abbau von Schulden und zum Aufbau von Rücklagen verwendet wurden.

Mit der Nachtragssatzung 2018 haben wir dem (letzten) Vermögenshaushalt rund 4,8 Mio. Euro zuführen können und konnten einen ausgeglichenen Haushalt ohne die geplante Entnahme von 1,13 Mio. Euro aus der Rücklage verzeichnen. Wir konnten Mehreinnahmen von 1,5 Mio. Euro im Bereich der Grundsteuer sowie der Gewerbe- und Einkommenssteuer verbuchen. Bei den Schlüsselzuweisungen vom Land mussten wir auf 400.000 € bedingt durch die steigende Steuerkraft verzichten. Zusätzlich haben wir 1,1 Mio. Euro Schulden tilgen können. Der Stand unserer Rücklagen beträgt aktuell rund 15,2 Mio. Euro.

Mit den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln haben wir neue Gebäude erworben und in unseren Immobilienbestand investiert. Ebenso haben wir Investitionen im Bereich der Schulen sowie der Kindergärten und Krippen getätigt, die Vereine unterstützt und vieles mehr.

Wir haben es geschafft den Haushalt 2018 abzuschließen ohne am falschen Ende zu sparen.

Allerdings haben wir unsere Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren, trotz der guten Wirtschaftslage nicht in dem Maße entlastet wie wir es uns als CDU-Fraktion vorstellen und wünschen.

Bereits im Jahr 2010 hat die CDU-Fraktion geschlossen gegen die Erhöhung des Grundsteuer-Hebesatzes von 320 auf 400 % Punkte gestimmt. Schon damals haben wir gemahnt, dass wir diese nicht benötigen werden. Und wir sollten recht behalten.

Wir konnten die Rücklage in den letzten Jahren aufbauen und kontinuierlich Schulden abbauen.

Es ist uns wichtig, an die Bürger die richtigen Signale zu senden. Es ist nicht die Aufgabe unserer hart arbeitenden Bevölkerung ohne einen erkennbaren Bedarf unseren Sparstrumpf weiter zu füllen.

Wir sind überzeugt, dass das Drehen an Steuerschrauben nicht nur eine Richtung kennen kann. Hier geht es auch darum, das Vertrauen der Bürger in die Politik nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

Deshalb haben wir bereits im Sommer gefordert, die Bürger durch die Senkung der Grundsteuer B um 10 % zu entlasten.

In den Haushaltsberatungen im November und Dezember 2018 haben wir unsere Forderung im Gremium formuliert und wollten diese bereits für 2019 auf den Weg bringen. Leider mussten wir feststellen, dass die Mehrheit des Gemeinderats aktuell nicht mitzieht.

Dies ändert für uns jedoch nichts daran, an unserer Forderung festzuhalten, diese nach der Gemeinderatswahl erneut einzubringen und einen förmlichen Beschluss im Gremium mit hoffentlich anderen Mehrheitsverhältnissen herbeizuführen.

Ich möchte an dieser Stelle ein paar Fakten aufführen:

- In Zeiten hoher Miet- und übermäßig teurer Kaufpreise wäre die Senkung der Grundsteuer B unseres Erachtens ein sehr gutes Instrument zur gleichmäßigen Entlastung ALLER Schwetzingener Bürger, von der alleinerziehenden in Miete wohnenden Mutter bis hin zum Kredit abzahlenden Häuslebauer und Eigentümer.

Schließlich trifft die Grundsteuer sowohl Eigentümer als auch Mieter in gleichem Maße, da die Grundsteuer vom Eigentümer auf den Mieter umgelegt wird.

Da es uns selbst bei Schaffung weiterer städtischer Wohnprojekte nicht gelingen kann, jeden Bürger Schwetzingens daran teilhaben zu lassen, wäre dies eine gerechte Maßnahme.

- Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass Schwetzingen mit einem Hebesatz von 400 % im Vergleich zu den umliegenden Gemeinden überdurchschnittlich teuer abschneidet.

Ketsch und Oftersheim weisen einen Hebesatz von 380 %, Plankstadt von 320 % und Sandhausen von 290 % aus. Selbst die große Kreisstadt Leimen hat nur einen Hebesatz von 300 % und Brühl ist mit einem Hebesatz von nur 260 % am bürgerfreundlichsten.

- Sollte der Grundsteuer-Hebesatz um 10 % gesenkt werden, reden wir von 330.000 € die wir problemlos an anderer Stelle einsparen können.

Wir sind der Überzeugung, dass wir dies im Hinblick auf die bereits genannten Punkte leisten können und es an der Zeit ist die Bürgerinnen und Bürger am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben zu lassen.

Auch in den vergangenen Jahren hatten wir große Investitionen zu schultern und trotzdem stieg das Guthaben der Stadt, bei gleichzeitig fallender Verschuldung, immer stärker an.

Als CDU-Fraktion sind wir der Meinung, dass das Geld in der Tasche der Bürger ebenso gut angelegt ist.

- Am Anfang meiner Rede habe ich die Kernaussage der Nachhaltigkeit betrachtet. Nachhaltigkeit bedeutet eben auch, den Bedürfnissen der Gegenwart gerecht zu werden, wenn es finanzierbar ist.

Wie bereits erwähnt werden wir die nächsten Jahre in der Haushaltspolitik gefordert werden.

Das neue kommunale Haushaltsrecht ist gerade erst eingeführt und schon weisen wir einen Finanzierungsmittelbedarf im Finanzhaushalt von rund 4,8 Mio. Euro aus.

Wir haben uns allerdings auch viel für das Jahr 2019 vorgenommen.

Es stehen Gesamtinvestitionsmaßnahmen von rund 9,0 Mio. Euro im Investitionsplan. Im letzten Jahr hatten wir 6,0 Mio Euro im Haushalt angesetzt die wir nicht gänzlich ausgeschöpft haben. In wie weit wir die geplanten Maßnahmen im Jahr 2019 umsetzen, und was wir im Bauamt leisten können wird sich zeigen. Die vergangenen Jahre haben uns gezeigt, dass hier mit sehr viel Optimismus agiert wird.

Die angesprochenen Abschreibungen von 4,5 Mio. Euro wirken in den Ergebnishaushalt ein und stellen derzeit einen Ressourcenverbrauch dar, also eine Wertminderung des kommunalen Vermögens. Der Erfolgshaushalt schließt mit einem Defizit von rund 1,3 Mio. Euro ab.

Für den vorgelegten Haushalt sehen wir in jedem Fall Potenzial, am Ende des Jahres, bedingt durch höhere Steuereinnahmen und Zuweisungen sowie durch nicht umgesetzte Investitionen ein besseres Ergebnis als prognostiziert ausweisen zu können. Sollten wir dies nicht schaffen, was wir nicht glauben mögen, so müssen wir unsere Rücklagen anzapfen um das Jahresergebnis ausgleichen zu können.

Vieles ist neu und auch wir müssen uns mit dem neuen Haushaltsrecht anfreunden.

Entscheidend ist, dass wir nachhaltig wirtschaften.

Hierzu müssen wir aber auch weiter an der Entwicklung unserer Stadt arbeiten.

Die brach liegenden Flächen im Südlichen Ausbesserungswerk aber auch die Konversionsflächen müssen schnellst möglich weiterentwickelt werden, um dort Gewerbe anzusiedeln zu können. Das sichert uns langfristig steigende Gewerbesteuerereinnahmen. In diesem Zusammenhang müssen wir die Schwetzingen Entwicklungs- und Wohnbaugesellschaft gründen um ein starkes, zielführend arbeitendes Team zu haben mit dem Entwicklungen konsequent vorangetrieben werden.

Wir müssen uns auf Bereiche konzentrieren die uns Geld in die Kassen spielen. Innerstädtische Großinvestitionen müssen kritisch betrachtet und gut überlegt werden. Wir müssen Prioritäten festlegen und nachhaltige Ziele definieren.

Nur dann sind wir auch in der Lage, trotz angespannter Finanzsituationen der nächsten Jahre unsere Familien und die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten, und Impulse für eine Weiterentwicklung unserer Stadt zu setzen.

Ja, wir wollen junge Familien unterstützen. Wir wollen bezahlbaren Wohnraum schaffen. Ebenso wollen wir für unsere älteren Mitmenschen barrierefreie, innerstädtische Wohnungen zur Verfügung stellen. Wir dürfen aber nicht mit überzogenen Zielsetzungen, Investoren abschrecken die Geld in die Stadt tragen möchten.

Innenstadtverdichtung müssen wir zulassen, denn wir haben nur noch wenige Entwicklungsflächen für weitere Wohngebiete. Wir müssen durchdachte Rahmenbedingungen schaffen um, trotz Verdichtung, das innerstädtische Klima zu fördern.

Es gilt einen Spagat zu schaffen, zwischen dem was wir wollen und dem was wir uns wirtschaftlich leisten können.

Zuletzt möchte ich noch Danke sagen.

Ich möchte mich im Namen meiner Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kämmereiamtes, insbesondere bei Herrn Lutz-Jathe für die gute Arbeit bei der Überführung unseres Haushalts in das Neue kommunale Haushaltsrecht und für die Aufstellung des Haushalts bedanken.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat.

Das Jahr 2019 wird neue kommunale Herausforderungen für uns mit sich bringen. Wir werden bereits im Sommer in einer geänderten Konstellation an diesem Ratstisch sitzen. Lassen Sie uns die bevorstehenden Herausforderungen in Ruhe und mit dem festen Willen angehen und sachgerechte Lösungen finden. Lassen sie uns gemeinsam die Voraussetzungen dafür schaffen, unsere Stadt nach vorne zu bringen.

Für den bevorstehenden Wahlkampf möchte ich bitten, dass wir sachlich diskutieren und respektvoll miteinander umgehen.

Es ist eine Persönlichkeitswahl – aber zu persönlich muss man nicht werden.

Vielen Dank.

Michael Franz

Fraktionsvorsitzender der CDU Fraktion im Gemeinderat